

Drugs? - Just say how!

JungdemokratInnen/ Junge Linke sprechen sich schon seit vielen Jahren für die Legalisierung aller Drogen aus. Niemandem darf sein/ihr Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper genommen werden. Genau dies geschieht jedoch in der prohibitiven Drogenpolitik. Die Entscheidung was Einzelpersonen mit ihrem Körper machen wird ihnen nicht nur abgenommen sondern komplett durch äußere Vorschriften ersetzt. Verstöße dagegen wurden und werden strafrechtlich geahndet.

Drogenpolitik im Wandel

Seit den 1980er Jahren hat sich die staatliche Drogenpolitik im Kampf gegen illegalisierte Drogen stark gewandelt. Die wohl wichtigste Veränderung in der Drogenpolitik ist diese Umdefinierung der KonsumentInnen von StraftäterInnen zu Kranken. Hierbei versucht die Hirnforschung körperliche Anfälligkeiten für eine Sucht herauszuarbeiten. Aus dieser stark deterministischen Sicht seien so z.B. Frauen anfälliger für eine Heroinsucht aufgrund erhöhter Opioid-Rezeptoren. Mit der Vorstellung von KonsumentInnen als Kranke entwickelt sich die Drogenpolitik der „Harm reduction“. Hierbei geht es vorrangig um eine Verringerung des erlittenen Schadens der KonsumentInnen. Einige Ansätze werden dabei schon länger praktiziert wie z.B. der Spritzen-Tausch und das Betreiben von Drogenkonsumräumen. Hierbei handelt es sich jedoch um ein politisch umkämpftes Feld. So wurden Drug-checking-Projekte vehement unter Druck gesetzt, sodass es derzeit in Deutschland keine stationären Laboratorien außer in Ausnahmefällen in öffentlichen Krankenhäusern und Apotheken zum Drug-checking gibt.

Handlungsstrategie Drug-checking

Die Forderung nach der Legalisierung aller Drogen ist für uns eine zentrale. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, dass ein Kampf darum in der derzeitigen politischen Situation wenig aussichtsreich ist. Deshalb gilt es für uns, Ansatzpunkte zu finden, an welchen die Möglichkeit besteht, konkrete Änderung für die aktuelle (Über)Lebenslage von KonsumentInnen zu erwirken und den öffentliche Diskurs wirkungsmächtig zu beeinflussen. Hierfür eignet sich das Konzept des Drug-checkings. Dabei handelt es sich um die Idee, illegale Drogen qualitativ (also nach Inhaltsstoffen) und quantitativ (also nach Reinheitsgrad) zu untersuchen.

Grundsätzlich gibt es die rechtliche Möglichkeit, Drug-checking in Deutschland zu betreiben. So haben öffentliche Apotheken und Krankenhausapotheken die Möglichkeit Drogen zu untersuchen. Dies ist jedoch vergleichsweise teuer und exklusiv. Auch das nicht-stationäre Drug-checking, mit mobilen Laboranlagen, ist möglich. Diese sind jedoch sehr aufwendig zu transportieren und einzusetzen, weswegen sie hauptsächlich auf Partys zum Pillentest verwandt werden. Anders verhält es sich bei stationären Laboranlagen zum Drug-checking. Diese benötigen eine Ausnahmeerlaubnis.

Mit stationären Laboranlagen wäre durchaus ein weiterer Schritt beim Drug-checking getan. Es könnten schneller und günstiger Drogen untersucht werden. Zudem gäbe es damit durchgehend institutionalisierte Strukturen zur Überprüfung von Drogen, an die man sich wenden kann. Die Niedrigschwelligkeit in Bezug auf weitere KonsumentInnen als nur die der Partyszene (in der hauptsächlich ein Cannabis- und Pillenkonsum vorherrscht) wäre erhöht, infolge dessen könnte der Prüfungsbereich von Pillen auf andere Substanzen in anderen Formen (z.B. Pulver und Flüssigkeiten) ausgeweitet und das (Über)Leben von vielen KonsumentInnen verbessert werden. Im öffentlichen Diskurs ist es zudem möglich, sich mit der Forderung nach bzw. dem Projekt um stationäre Drogenuntersuchungslaboratorien, der Thematik um Drogen und Drogenkonsum, von einer weiteren Seite als der prohibitiven oder legalisierenden anzunähern. Bei Drug-checking handelt es sich um VerbraucherInnenschutz, welcher aktuell einen hohen und allgegenwärtigen Stellenwert einnimmt. Fordert man einen derartigen Schutz ein, kann ein Bezugspunkt zu BürgerInnen, die sich nicht mit der Thematik auseinandersetzen, hergestellt werden, an welchem sie leicht anknüpfen können. KonsumentInnen werden, durch ihr (offensichtliches) Eigeninteresse nach Verbesserung ihrer Situation, aus ihrer derzeit zugeschriebenen passiven Rolle als Kranke heraus geholt. Es wird aufgezeigt, dass es sich bei ihnen vielmehr um aktive Menschen handelt, die sich mit dem, was sie konsumieren, selbstbestimmt und reflexiv auseinandersetzen wollen.

Eine Initiative zum stationären Drug-checking stellt somit eine Möglichkeit dar, einen Einfluss auf die aktuelle drogenpolitische Landschaft auszuüben und somit nicht in der Ecke der LegalisierungsbefürworterInnen zu vereinzeln, sondern den Diskurs der Drogenpolitik wieder mit zu bestimmen.



www.jdjl.org

Greifswalderstr. 4

10405 Berlin

phone: 030/ 44024864

mail: info@jdjl.org

JungdemokratInnen/ Junge Linke

radikaldemokratisch* emanzipatorisch* parteiunabhängig

Das ganze Papier
auf www.jdjl.org